

## BREXIT

# Never-ending story

Mindestens vier Mal im Jahr treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer im Europäischen Rat, um die allgemeine Ausrichtung der gemeinsamen Politik zu diskutieren und die Agenda der EU festzulegen. Zahlreiche Themen wären es wert, dort intensiver diskutiert zu werden:

- Welche Rolle will Europa künftig in der Weltpolitik spielen? Und wie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln, die Antworten auf Herausforderungen wie Migration und eine multipolare Weltordnung findet?
- Wie will Europa sich bei der Gestaltung der Welthandelspolitik einbringen und wie die gemeinsamen Interessen bestmöglich gegenüber Schwergewichten wie den USA und China vertreten?
- Und wie will sich Europa besser für die Digitalisierung aufstellen, angefangen bei der Forschung über die Infrastruktur bis zu einer europäischen Antwort auf Tech-Giganten in Amerika und Asien?

## Unternehmen brauchen Planungssicherheit

Aktuell bleibt in Brüssel zu wenig Zeit für diese drängenden Fragen. Die Debatte um den Brexit überlagert alle anderen Handlungsfelder europäischer Politik nun bereits seit mehreren Jahren. Sondergipfel folgt auf Sondergipfel, die angesichts der chaotischen Zustände in Westminster keine Lösungen bringen, sondern allenfalls mehr Zeit. Mehr Zeit ist sicher besser als »no deal«, aber eine Verschiebung des Brexit ist noch nicht die Lösung des Problems. Dauerhafte Planungssicherheit bringt nur ein geregelter Austritt.

## Brexit schwächt sowohl die EU als auch UK

Wie und wann das Vereinigte Königreich die EU verlässt, ist weiter völlig offen. Fristen verstreichen, rote Linien werden ebenso schnell einkassiert wie neu gezogen, Minister treten reihenweise zurück, Abgeordnete verlassen ihre Fraktionen. Das alles wegen eines Vorhabens, das am Ende sowohl die EU als auch UK schwächt. Dem Mutterland der modernen Demokratie hätte man angesichts dieses Zwischenfazit eine glücklichere Entscheidung gewünscht. Der Brexit wird immer mehr zum Paradebeispiel, dass politischer Schaden schnell angerichtet ist und belastbare Mehrheiten für einen Ausweg aus der Krise nur schwer zu finden sind.

» Mehr Zeit ist besser als no deal, aber eine Verschiebung des Brexit ist noch nicht die Lösung des Problems. «

BAVC-Hauptgeschäftsführer  
Klaus-Peter Stiller

## KONJUNKTUR

Industrie im Rückwärtsgang 2

## EUROPA

Neuer ECEG-Präsident 4

## ARBEITSMARKT

Entsendung:  
Gut gemeint, schlecht gemacht 5

Fachkräftezuwanderung:  
Spielball der großen Koalition 8

## NACHHALTIGKEIT

Chemie<sup>3</sup>-Fachveranstaltung 6

5 Fakten zu Chemie<sup>3</sup> 7

## ABKÜHLUNG DER WELTWIRTSCHAFT

# Deutsche Industrie im Rückwärtsgang

*Die konjunkturelle Entwicklung hat sich seit der Jahresmitte 2018 deutlich abgekühlt. Die Euphorie der beiden letzten Jahre ist verfliegen. Besonders negativ fällt die Beschreibung der Situation und der Aussichten für die klassischen Industriebranchen aus. Sie leiden unter der Verlangsamung des Welthandels, den Tendenzen zur Abschottung und der großen politischen Unsicherheit, so die Einschätzung der Wirtschaftsexperten. Die Bundesregierung selbst reduzierte ihre Wachstumserwartung für 2019 nun sogar auf nur noch 0,5 Prozent.*

## Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2019

Die Diagnose der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft stellte Anfang April fest, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Halbjahr 2018 stagnierte. Maßgeblich hierfür war die Schwäche der deutschen Industrie, die ihre Produktion sogar deutlich zurückfuhr. Die Institute führen diese Schwäche zum einen auf die einsetzende Abkühlung der Weltwirtschaft zurück. Zum anderen haben deutsche Sondereffekte die Entwicklung belastet und die negativen Tendenzen verstärkt. Diese Effekte werden zwar 2019 teilweise auslaufen; das Produktionsniveau dürfte sich nach Meinung der Forscher im Frühjahr etwas normalisieren. Für die Zeit danach sind aber vor dem Hintergrund der im Trend rückläufigen Neuaufträge der deutschen Industrie, so das Gutachten, nur noch verhaltene Zuwächse für das Verarbeitende Gewerbe hierzulande zu erwarten. Denn während die technischen Kapazitäten zurzeit weniger stark ausgelastet sind als noch im Sommer 2018, melden nach wie vor ungewöhnlich viele Unternehmen Produktionseinschränkungen zum Beispiel aufgrund fehlender Fachkräfte und Vorleistungen bei Material und Ausrüstungen.

Mit Blick auf die Arbeitnehmer in Deutschland stellen die Experten der Forschungsinstitute andererseits fest, dass die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten in 2018 mit 3,2 Prozent so kräftig gestiegen sind wie seit sechs Jahren nicht mehr. Dies ging vor allem auf einen beschleunigten Anstieg der Tariflöhne zurück. Gleichzeitig hat sich die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen im Jahresverlauf 2018 aufgrund der geringeren konjunkturellen Dynamik nur schwach entwickelt. Dies wird sich 2019 voraussichtlich fortsetzen. Für das Verhältnis von Lohnkosten zu Produktivität sieht das Gutachten somit eine deutliche Verschlechterung. Im Ergebnis werden die Lohnstückkosten nach 2,6 Prozent im Vorjahr im laufenden Jahr mit 3,3 Prozent erneut spürbar zulegen und sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie somit tendenziell verschlechtern.

## Sachverständigenrat Wirtschaft

Bereits im März hat der Sachverständigenrat Wirtschaft der Bundesregierung die Erwartungen für das Jahr 2019 in seinem regelmäßigen Prognose-Update deutlich nach unten geschraubt. Die Experten rechneten da noch mit einem realen Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent. Das Expansionstempo der deutschen Volkswirtschaft habe merklich nachgelassen – hierfür werden ausdrücklich Produktionsprobleme in der Automobil- und der Chemie-Industrie im Herbst und Winter 2018 mitverantwortlich gemacht. Gleichzeitig habe sich aber auch die Dynamik der deutschen Wirtschaft insgesamt verlangsamt. So sei eine deutlich

### ANSPRECHPARTNER



Lutz Mühl | Geschäftsführer

Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

LINKTIPPS

»Die Hochkonjunktur der deutschen Wirtschaft ist vorerst vorüber. (...) Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit sehr hoch. Neben dem unsicheren Ausgang der Brexit-Verhandlungen tragen hierzu insbesondere die ungelösten Handelskonflikte zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und China sowie die Gefahr einer stärker als erwarteten Wachstumsabschwächung in China bei. Angesichts der bereits nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik hätte eine Spirale aus protektionistischen Maßnahmen das Potenzial, die deutsche Wirtschaft in eine Rezession abgleiten zu lassen.«

Quelle: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, 19. März 2019



www.gemeinschaftsdiagnose.de



www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

schwächere Exportnachfrage aus wichtigen Absatzmärkten festzustellen und gleichzeitig sehe man in vielen Branchen Kapazitätsgrenzen und Arbeitskräfteengpässe erreicht. Auch für 2020 sehen die Experten – bereinigt um einen positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen im kommenden Jahr – nur ein Wachstum von 1,3 Prozent.

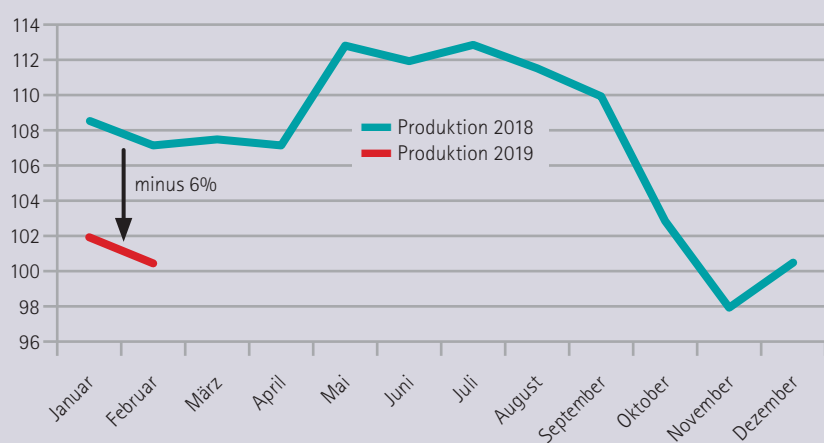
### Chemie-Produktion rückläufig

Die Ausführungen der Wirtschaftsforscher spiegeln sich auch in den realen Daten der chemisch-pharmazeutischen Industrie wider. Die Produktion der Branche liegt – arbeitstäglich- und saisonbereinigt – seit Oktober 2018 jeden Monat unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. In den ersten Monaten 2019 wurden gut 6 Prozent weniger Waren hergestellt als noch 2018. Das Niveau der Produktion ist damit auf den Durchschnittswert des Jahres 2015 zurückgefallen; die Zuwächse der vergangenen Jahre sind verfliegen. Und auch der Umsatz der Branche ist seit Jahresanfang unter die Werte des Vorjahres zurückgefallen.

Die Einschätzung der Geschäftserwartungen laut ifo-Konjunkturtest hat in der Branche im April 2019 den niedrigsten Wert seit Herbst 2012 erreicht. Für das Gesamtjahr 2019 erwarten der Verband der Chemischen Industrie (VCI) und der BAVC aktuell einen Rückgang der Produktion um insgesamt 3,5 Prozent – wobei sowohl die Chemie im engeren Sinne wie auch die pharmazeutische Industrie rückläufig sein wird. Die Umsatzerlöse werden etwa 2,5 Prozent niedriger ausfallen.

AUTOR: LUTZ MÜHL

### Produktion chemisch-pharmazeutische Industrie

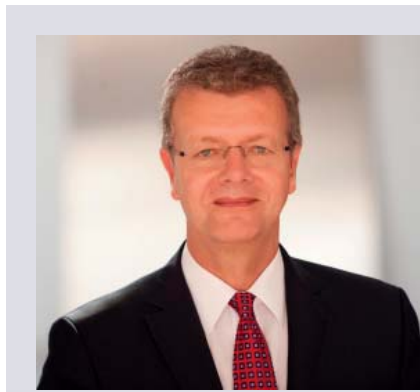


Quelle: Chemdata, Statistisches Bundesamt; Index der Nettoproduktion, arbeitstäglich- und saisonbereinigt

EUROPÄISCHE CHEMIE-ARBEITGEBER

# Neuer ECEG-Präsident

BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller ist seit Anfang Mai neuer Präsident der European Chemical Employers Group. ECEG vertritt die Chemie-, Pharma-, Gummi- und Kunststoffindustrie in Europa. Als in Brüssel ansässiger Arbeitgeberverband ist ECEG seit Dezember 2004 anerkannter Sozialpartner und ein beratendes Gremium für die Europäische Kommission, das EU-Parlament und andere Interessengruppen.



Klaus-Peter Stiller wurde 1958 in Münster geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Saarbrücken und Bonn. Nach verschiedenen Stationen in Unternehmen übernahm er 2011 die Funktion des Geschäftsführers Tarifpolitik und Arbeitsrecht beim BAVC. Seit Juni 2014 ist er BAVC-Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstands.

ECEG



Mehr Infos zum europäischen Chemie-Arbeitgeberverband finden Sie unter

[www.eceg.org](http://www.eceg.org)

## 94.000 Unternehmen, über 3 Millionen Beschäftigte

Durch seine 18 Mitglieder vertritt ECEG mehr als 94.000 Unternehmen mit rund 3,3 Millionen direkt Beschäftigten. Der Sektor ist eine der größten und dynamischsten Branchen in der EU. Die nationalen Mitgliedsverbände stammen aus Österreich, Belgien, Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Polen, Slowakei, Spanien, Schweden und Großbritannien.

## Sozialer Dialog in Europa

Die im sozialen Dialog mit der europäischen Gewerkschaft IndustriAll vereinbarten gemeinsamen Stellungnahmen, Leitlinien, Verhaltensregeln und Vereinbarungen betreffen unterschiedliche sozialpolitische Themen, zum Beispiel Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer.

Auch auf europäischer Ebene besteht eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im sozialen Dialog der Chemie-Industrie. So können aktuelle Gesetzgebungsverfahren beispielsweise zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums oder zur Gefährdung durch Karzinogene bei der Arbeit aktiv mitgestaltet werden.

Die europäischen Chemie-Sozialpartner gehen Zukunftsthemen gemeinsam an. Bestes Beispiel ist das aktuelle Projekt zur Digitalisierung in der Arbeitswelt, das erstmals einen Überblick über die Auswirkungen der Digitalisierung und deren Wahrnehmung in der europäischen Chemie-Industrie liefert.

AUTORIN: KATHARINA GÖBEL | BILD: BAVC

## ENTSENDUNG

# Gut gemeint, schlecht gemacht

Im Jahr 1996 wollte die EU den Sozialmissbrauch innerhalb der eigenen Wertegemeinschaft bekämpfen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken. Daraus entstanden die Entsenderichtlinie und die dazugehörigen Verordnungen. Heute müssen wir jedoch feststellen, dass die Umsetzung in den Mitgliedstaaten diese Ziele konterkariert hat. Jeder Einsatz im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz, egal ob langfristige Entsendung oder kurze Dienstreise, löst eine Vielzahl von bürokratischen Pflichten aus.

## Die A1-Bescheinigung und die Meldepflichten

Seit 2010 sind Arbeitgeber verpflichtet, für jede Entsendung innerhalb des EWR und der Schweiz eine A1-Bescheinigung zu beantragen sowie ihren Melde- und Dokumentationspflichten nachzukommen. Mit der A1-Bescheinigung wird nachgewiesen, dass der Arbeitnehmer während der Entsendung im Sozialversicherungssystem seines Heimatlandes verbleibt. Sie verhindert darüber hinaus, dass eine doppelte Beitragspflicht entsteht und schützt den Arbeitgeber vor dem Abführen von Sozialversicherungsbeiträgen im Gastland. Die Bescheinigung ist für alle Träger, Behörden und Gerichte der EU verbindlich. Seit 2019 muss sie elektronisch beim zuständigen Sozialversicherungsträger beantragt werden.

Neben der A1-Bescheinigung muss der Arbeitgeber dem Gastland jede Entsendung im Vorfeld mitteilen und der entsandte Mitarbeiter verschiedene Dokumente während des Aufenthalts im Gastland mit sich führen. Welche Informationen die Mitteilung enthalten muss, in welcher Form sie abgegeben wird und welche Dokumente mitgeführt werden müssen, unterscheidet sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Da bei Verstößen Bußgelder drohen, ist es wichtig, diese Pflichten einzuhalten. Gerade in Österreich, Frankreich und der Schweiz wird die Einhaltung aktuell verstärkt kontrolliert.

## Spielräume bei der Umsetzung ausschöpfen

Mit der anstehenden Umsetzung der revidierten Entsenderichtlinie drohen weitere Erschwernisse. So soll nach zwölf Monaten das gesamte Arbeitsrecht des Aufnahmestaates gelten. Dieser Zeitraum soll durch einen begründeten Antrag auf 18 Monate ausgeweitet werden können. Auch der Grundsatz »gleicher Lohn am gleichen Ort« soll ab dem ersten Tag der Entsendung gelten. Dabei sollen anders als bisher alle Entgeltbestandteile (insbesondere Zuschläge und Zulagen) berücksichtigt werden, sofern sie auf einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag oder einer gesetzlichen Regelung basieren. Damit wird bei Entsendungen ein langwieriger Abgleich von Arbeitsbedingungen inklusive Entgelten nötig, um gegebenenfalls am Ende festzustellen, dass die deutschen Bedingungen besser sind und keine Anpassung erfolgt.

Die Arbeitgeber der chemischen Industrie fordern, dass bei der Umsetzung alle Freiräume ausgeschöpft werden. So sollten Dienstreisen bis zu acht Tagen von den Regelungen zur Entsendung ausgenommen werden. Zudem ist die einheitliche Durchführung der Meldepflichten auf europäischer Ebene notwendig, um den bislang bestehenden Flickenteppich zu beseitigen.

**AUTOREN:** CHRISTIANE DEBLER, LARS MESSERSCHMIDT

## STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



» Die Chemie-Arbeitgeber sprechen sich nachdrücklich für ein freies, geeintes und starkes Europa aus. Der gemeinsame Binnenmarkt mit seinem freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ist elementarer Bestandteil dieses geeinten Europas. Das derzeitige Entsendegesetz droht, diese Freiheit durch eine nicht nachvollziehbare Bürokratie zu zerstören. Hier muss im Sinne der Beschäftigten und der Unternehmen dringend nachgebessert werden! «

## WEITERE INFORMATIONEN

zur A1-Bescheinigung sowie den Melde- und Dokumentationspflichten finden Sie in der Praxishilfe Entsendungen im BAVC-Intranet.

[www.bavc.de](http://www.bavc.de)



## CHEMIE<sup>3</sup>-FACHVERANSTALTUNG

# Nachhaltigkeit in der Lieferkette

Rechtliche Konsequenzen bei Verstößen gegen Nachhaltigkeitsstandards: Das ist in einigen Ländern bereits Realität. Auch die deutsche Politik denkt über gesetzliche Regelungen nach, setzt aber derzeit noch auf Freiwilligkeit. Chemie<sup>3</sup>, die Nachhaltigkeitsinitiative der Branche, informierte Anfang April mit der Fachveranstaltung »Nachhaltigkeit in der Lieferkette – von der Kür zur Sorgfaltspflicht« über aktuelle Entwicklungen in der Nachhaltigkeitspolitik.

Nadine-Lan Hönighaus, Geschäftsführerin von econsense, attestierte bei der Chemie<sup>3</sup>-Veranstaltung in Frankfurt zwar, dass die Chemie-Industrie in Sachen Nachhaltigkeit bereits sehr weit ist. Aber auch sie wies darauf hin, dass vielfältige Anspruchsgruppen zunehmend genauer wissen wollen, wie Unternehmen mit Nachhaltigkeitsrisiken umgehen.

## Branche als Abnehmer und Lieferant

Chemie- und Pharmaunternehmen müssen nicht nur nachweisen, dass sie bei den eigenen Lieferanten etwa auf die Einhaltung von Menschenrechten achten. Sie sind selbst auch Lieferanten und ihren Kunden gegenüber Rechenschaft schuldig. Bei der Fachveranstaltung beschrieb Ferdinand Geckeler, Nachhaltigkeitsmanager bei BMW, die Nachhaltigkeitsanforderungen des Unternehmens: »Im Kern geht es meiner Meinung nach immer um Menschenrechte und Umweltschutz.«

Die Nachhaltigkeitsanforderungen entwickeln sich so dynamisch, dass trotz aller Bemühungen in vielen Unternehmen noch zahlreiche praktische Fragen offen sind. Das zeigte sich am Nachmittag der Chemie<sup>3</sup>-Veranstaltung bei den Diskussionen in verschiedenen Workshops. Im Austausch mit Experten wurde etwa erörtert, was in einen Lieferantenkodex gehört und wie Lieferanten zur Einhaltung verpflichtet werden können. Auch, wie die Nachhaltigkeitsleistung von Lieferanten bewertet werden kann und was aus den Ergebnissen folgt, wurde thematisiert. Weiteren Gesprächsbedarf gab es schließlich rund um den Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte.

**AUTOR:** KARIM ABDALLA | **BILD:** CHEMIE<sup>3</sup>

**CHEMIE<sup>3</sup>**  
DIE NACHHALTIGKEITSINITIATIVE  
DER DEUTSCHEN CHEMIE

Nähere Informationen zur Nachhaltigkeitsinitiative finden Sie unter

[www.chemiehoch3.de](http://www.chemiehoch3.de)

# 5 Fakten zu Chemie<sup>3</sup>

**2013**

wurde die Initiative gegründet. Mit Chemie<sup>3</sup> wollen die Allianzpartner Nachhaltigkeit als Leitbild in der chemischen Industrie verankern.

**3**

Allianzpartner tragen die Initiative:  
Arbeitgeberverband, Gewerkschaft und Wirtschaftsverband.

**12**

»Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die chemische Industrie in Deutschland« bilden die Basis von Chemie<sup>3</sup>. Die Allianzpartner unterstützen ihre Mitglieder bei deren Anwendung im Unternehmensalltag.

**2018**

wurde der zweite Fortschrittsbericht von Chemie<sup>3</sup> veröffentlicht. Der Bericht zeigt, wo die Chemie- und Pharmaindustrie in Sachen Nachhaltigkeit steht.

**40**

Indikatoren bilden den Kern des Fortschrittsberichts. Sie messen den Fortschritt der Branche auf unterschiedlichen Handlungsfeldern.



## FACHKRÄFTEZUWANDERUNG

# Spielball der großen Koalition

Bereits im Dezember 2018 hat das Bundeskabinett die Weichen für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz gestellt, das Nicht-EU-Ausländern den Weg in den deutschen Arbeitsmarkt erleichtern soll. Die deutsche Wirtschaft ist auf die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte aus Drittstaaten angewiesen. Das sind neben Hochschulabsolventinnen und -absolventen vor allem Personen mit qualifizierter Berufsausbildung.

Noch im März dieses Jahres sollte das Gesetz im Bundestag beraten werden. Auf Druck von Innenpolitikern der Union wurde das Vorhaben jedoch vertagt. Die Union will die Beratung an das Gesetz zur geordneten Rückkehr knüpfen, das verschärfte Regelungen für Ausreisepflichtige vorsieht.

## Chemie-Arbeitgeber für schnelle Umsetzung

Die Chemie-Arbeitgeber fordern eine zügige Umsetzung des Kabinettsbeschlusses. Der demografische Wandel ist eine der größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft. Der schon heute bestehende Fachkräftemangel bremst die Innovationsdynamik der Unternehmen. Der »Fachkräftecheck Chemie« des IW Köln hat ergeben, dass bei der Hälfte der untersuchten Berufe mit besonderer Relevanz für die Chemie-Branche bereits Engpässe festzustellen sind. Um mehr Fachkräfte von außen gewinnen zu können, müssen jetzt die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine klare Regelung für Erwerbsmigration stärkt die Wirtschaft und hat Signalwirkung für Fachkräfte aus aller Welt. Die aktuelle Verzögerungstaktik ist nicht akzeptabel – taktische Spielchen sind unnötig und könnten zu einem Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung werden.

AUTORIN: BRITTA BARTKOWSKI | BILD: PIXABAY

### TOP-THEMA

Die Standpunkte der Chemie-Arbeitgeber zu weiteren aktuellen Top-Themen finden Sie unter

[www.bavc.de](http://www.bavc.de)

## IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC) | Abraham-Lincoln-Straße 24 | 65189 Wiesbaden  
 Internet: [www.bavc.de](http://www.bavc.de) | Kontakt: [info@bavc.de](mailto:info@bavc.de) | [www.twitter.com/BAVChemie](https://www.twitter.com/BAVChemie). Verantwortlich: Klaus-Peter Stiller.  
 Redaktion: Sebastian Kautzky, Markus Hesse, Christopher Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Konradin Druck GmbH,  
 Leinfelden-Echterdingen. Piktogramme in dieser Ausgabe: sdecoret / Stock.Adobe.com, phillipes / Stock.Adobe.com